



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

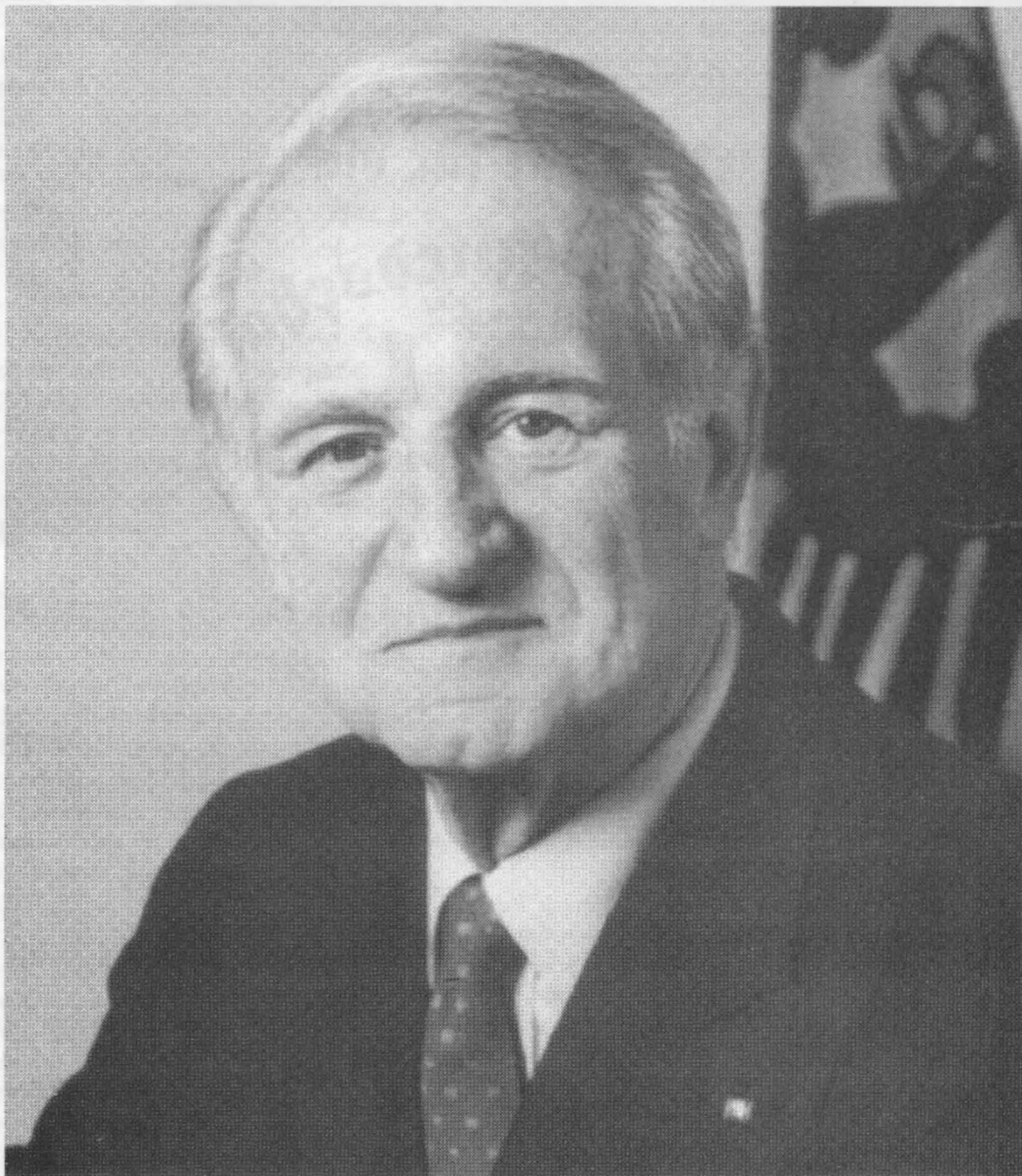
In großer Hochachtung und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserem Ehrenmitglied

Dr. Johannes Rau

Bundespräsident a. D.

16. Januar 1931

27. Januar 2006



Unser Ehrenmitglied war für uns immer ein großes Vorbild.
Wir werden Johannes Rau ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren.



Helmut Schmidt, Bundeskanzler a. D., hat am 17. Januar aus den Händen unseres Vorsitzenden, Hans Bonkas, die Urkunde über die Ehrenmitgliedschaft beim Reichsbanner erhalten.

Urkunde für die Ehrenmitgliedschaft



Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

gegründet 1924 zur Verteidigung von Freiheit und Demokratie,
verleiht die Ehrenmitgliedschaft

Helmut Schmidt

Bundeskanzler a.D. der Bundesrepublik Deutschland

Die unterzeichneten Mitglieder des Reichsbanners drücken ihre Hochachtung vor einem Politiker aus, der die Bekämpfung jeglichen Rassismus und Extremismus und damit die Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaates, zu einer unverzichtbaren Grundlage seiner Politik gemacht hat.

Helmut Schmidt steht in der Tradition von großen deutschen Demokraten, die dem Reichsbanner angehört und seinen Idealen gedient haben:

Reichskanzler Philipp Scheidemann, Gustav Bauer, Joseph Wirth,
Hermann Müller, Reichstagspräsident Paul Löbe,
und die
Ministerpräsidenten Karl Arnold, Wilhelm Hoegner, Otto Braun,
Heinrich-Wilhelm Kopf.

Frankfurt am Main, den

Der Bundesvorstand

Interview mit Altbundeskanzler Helmut Schmidt

Reichsbanner:

Was hat Sie dazu bewogen, in die SPD einzutreten und sich aktiv politisch zu betätigen? Hatten Sie ein Vorbild?

Helmut Schmidt:

Als Hitler an die Macht kam, war ich gerade 14 Jahre alt geworden; von Politik und von politischen Parteien hatte ich keine Ahnung. Erst im späteren Verlauf der Nazi-Zeit und insbesondere während des Krieges habe ich verstanden, dass die Nazi-Diktatur ein großes Übel war; infolgedessen war ich gegen die Nazis. Aber ich wusste nicht, wofür ich hätte eintreten sollen. Die Antwort auf die Frage nach dem „Wofür“ habe ich dann unter dem Einfluss älterer Kameraden während der Kriegsgefangenschaft gefunden. Als ich aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrte, ist der Eintritt in die Sozialdemokratische Partei quasi selbstverständlich gewesen. Auf die Frage nach dem Vorbild: Damals hatte ich kein persönliches Vorbild; später wurden mir Ernst Reuter, Max Brauer und Wilhelm Kaisen zu Vorbildern - im Bundestag (in den ich 1953 erstmalig gewählt worden war) wurde dann Fritz Erler mein persönliches Vorbild.

Reichsbanner:

In Ihrem politischen Leben waren Sie in vielen Funktionen tätig, als Innensenator in Hamburg während der Flutkatastrophe, SPD-Fraktionsvorsitzender in der Großen Koalition, verschiedene Ministerposten im Kabinett Brandt/Scheel und zuletzt als Bundeskanzler. An welches Amt denken Sie besonders gern zurück, und wo wurden Sie „in die Pflicht genommen“?

Helmut Schmidt:

Ich habe mich nur ein einziges Mal von mir aus um ein Amt (ein Ehrenamt) beworben. Ansonsten waren es immer Parteifreunde und Parteigremien, die mir Ehrenämter oder auch öffentliche Ämter angetragen haben. In einer Reihe von Fällen habe ich sie gern angenommen, in einer anderen Reihe von Fällen habe ich sie nur aus Pflichtgefühl angenommen. Besonders gern denke ich zurück an die drei Jahre als Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion.

Reichsbanner:

Ich kann mich noch genau an den letzten Wahlkampf erinnern, den Sie als Bundeskanzler geführt haben. Die FDP führte den Wahlkampf mit dem Slogan „Wählt FDP, damit Helmut Schmidt Bundeskanzler bleiben kann“. Bei Ihrer Beliebtheit bei den Wählern kam das gut an. Während die SPD nur 0,3 Prozent an Stimmen hinzugewann, erzielte die FDP ein herausragendes Ergebnis. Es ist unstrittig, dass die FDP nur Ihnen diesen Wahlerfolg verdankte. Das hinderte diese Partei jedoch nicht, sich später mit der CDU zu verbinden und Sie durch ein Misstrauensvotum zu stürzen. Ich habe das Verhalten der FDP

damals als Betrug an den Wählern empfunden. Können Sie meine Haltung verstehen, und wer war nach Ihrer Ansicht der Drahtzieher bei der FDP?

Helmut Schmidt:

Ich kann Ihre Haltung nachvollziehen. Der Ausdruck „Drahtzieher“ enthält spürbar einen negativen Unterton; ich selbst würde mich darauf beschränken zu sagen: Bei der damaligen FDP waren die entscheidenden Personen Hans-Dietrich Genscher und Otto Graf Lambsdorff.

Reichsbanner:

In einem Artikel von B. Goldmann, veröffentlicht in der FAZ am 7. Dezember 2005, stellt er die Behauptung auf, dass nur mit Ausnahme von Helmut Schmidt die SPD insgesamt keine Begeisterung für das kapitalistische Amerika empfinden konnte. Teilen Sie diese Ansicht?

Helmut Schmidt:

Den zitierten Artikel habe ich nicht gelesen. Sofern er den Eindruck vermittelt haben sollte, ich hätte „Begeisterung für das kapitalistische Amerika“ empfunden, ist der Aufsatz irreführend. Ich empfinde durchaus Zuneigung zur amerikanischen Nation und ihren entscheidend wichtigen politischen Traditionen, und zwar unabhängig von gegenwärtigen raubtierkapitalistischen Entartungen.

Reichsbanner:

Soweit ich mich erinnern kann, waren Sie der erste deutsche Politiker, der sich für den Nato-Doppelbeschluss einsetzte. Der amerikanische Präsident J. Carter war anfänglich dagegen. Können Sie unseren Lesern schildern, wie Sie Carter umstimmen konnten?

Helmut Schmidt:

Es trifft zu, dass Präsident Carter zunächst das Erpressungs- oder Nötigungspotential nicht erkennen konnte, das in der enormen sowjetischen Rüstung in Gestalt von vornehmlich auf Deutschland gerichteten atomaren Mittelstreckenraketen lag. Zu der Umstimmung Carters und zum später so genannten Nato-Doppelbeschluss haben insbesondere der französische Präsident Giscard d'Estaing und der englische Premierminister James Callaghan beigetragen, außerdem ich selbst.

Reichsbanner:

Ist es richtig, dass während Ihrer Amtszeit als Bundeskanzler in der Wirtschafts- und Außenpolitik die größte Übereinstimmung mit dem französischen Präsidenten bestand?

Helmut Schmidt:

Dem stimme ich zu. Dabei umschließt der Begriff der Außenpolitik insbesondere die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft.

Reichsbanner:

Geben Sie der jetzigen Großen Koalition die Chance, vier Jahre durchzuhalten? Bei der Unberechenbarkeit der deutschen Wähler sehe ich die Gefahr, dass sie schon nach den Landtagswahlen zerbrechen kann, wenn der eine Partner immer gewinnt und der andere Partner verliert.

Helmut Schmidt:

Als alter Mann will ich mich nicht mehr in die Tagespolitik einmischen.

Reichsbanner:

Während Ihrer Regierungszeit wurde der Ölpreis zweimal kräftig erhöht. Die Gewerkschaften verlangten sehr hohe Lohnerhöhungen. Die ÖTV bekam sogar 13 Prozent. Auch Pensionen und Renten wurden erhöht. Bei den jetzigen kräftigen Erhöhungen der Energiekosten erfolgten weder eine Erhöhung der Renten und der Pensionen. Auch die Löhne wurden nur mäßig erhöht. Wie hat Ihre Regierung das damals verkraftet?

Helmut Schmidt:

Die von Ihnen erwähnte 13prozentige Erhöhung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst fand vor meiner Kanzlerschaft statt; ich war darüber entsetzt. Ab Frühjahr 1974 haben wir eine im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern und zu den USA zurückhaltende fiskalische Politik verfolgt. Wir haben auch nach 1976 dem amerikanischen Druck in Richtung auf inflationäre Haushaltspolitik nicht nachgegeben. Im Ergebnis haben wir in jenem Zeitraum sowohl hinsichtlich der Begrenzung der unvermeidlichen Arbeitslosigkeit als auch der unvermeidlichen Inflationsraten deutlich besser abgeschnitten als die meisten anderen Staaten der Welt, die ebenso wie Deutschland von den beiden Ölpreisexpositionen betroffen waren.

Reichsbanner:

Die Vollendung der Wiedervereinigung stagniert. Bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit werden Sozial- und Arbeitslosenhilfe gekürzt. Das Parlament führt nicht mehr die deutsche Politik. Ein Beispiel für die ausgebliebene Reformfähigkeit ist die ausgebliebene Föderalismus-Reform. So Rainer Barzel in seinem Buch „Wohin geht es mit Deutschland“. Teilen Sie diese Ansicht?

Helmut Schmidt:

Ich stimme zu: Das föderative System der Bundesrepublik bedarf dringend der Reform; denn die Handlungsfähigkeit der Landtage und der Landesregierungen ist im Laufe der letzten vier Jahrzehnte durch Bundesgesetze allzu weit eingeschränkt worden; dies gilt insbesondere auch für die Einnahme- und die Ausgabenseite der Landeshaushalte. Die notwendige Reform des föderativen Systems ist aber keineswegs die einzige oder gar die dringendste Reform, die wir heutzutage notwendig haben.

Reichsbanner:

Eines der Ziele der früheren Großen Koalition sollte auch eine Wahlrechtsreform sein. Noch am Abend der damaligen Bundestagswahl einigten sich Brandt und Scheel auf eine SPD/FDP-Koalition und kein Persönlichkeitswahl-

recht. Herbert Wehner soll damals dagegen gewesen sein. Auf welcher Seite standen Sie damals?

Helmut Schmidt:

Die bei Begründung der Großen Koalition 1966 gemeinsam ins Auge gefasste Reform des Wahlrechts in Richtung auf ein Mehrheitswahlrecht nach englischem oder amerikanischem Vorbild ist schon während der dreijährigen Laufzeit der Großen Koalition praktisch beerdigt worden. Die Mehrheit der Abgeordneten der CDU/CSU und SPD konnte sich dazu nicht entschließen, die Abgeordneten der FDP waren aus Eigeninteresse sowieso dagegen. Die Protagonisten des Mehrheitswahlrechts waren auf der eine Seite Rainer Barzel und der damalige Bundesinnenminister Paul Lücke, auf der anderen Seite Herbert Wehner und ich selbst; wir haben uns damals nicht durchsetzen können.

Reichsbanner:

Schröder und Merkel gaben die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit als ihr wichtigstes Ziel an. Daran wollten sie gemessen werden. Sie ließen aber offen, wie sie dieses Ziel erreichen wollen. Den deutschen Verbrauchern wird durch die ständig steigenden Energiekosten, durch höhere Krankenkassenkosten und der Mietnebenkosten ständig Kaufkraft entzogen. Pensionen und Renten wurden seit drei Jahren nicht mehr erhöht. Wie soll da die Binnennachfrage erhöht werden? Sehen Sie eine Möglichkeit, wie die Binnennachfrage gestärkt werden kann?

Helmut Schmidt:

Ich will mich nicht in diesem Interview zur Tagespolitik äußern.

Das Interview mit Helmut Schmidt führte Hans Bonkas.

HELMUT SCHMIDT

Die charakteristische Fertigkeit
des Reichsbanners und seiner
Mannschaften verlangt nach
dem Respekt der heute
lebenden.

Helmut Schmidt
17/1/2006

Am 7. März 2006 wurde beim Standortkommando der Bundeswehr in Berlin unsere Ausstellung „80 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ durch Brigade-General von Wilcken eröffnet. An der Eröffnung nahm auch unser Ehrenmitglied, Bundestagspräsidentin a. D. Annemarie Renger, teil.

Grußbotschaften haben Bundespräsident Dr. Horst Köhler, Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin und der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, übersandt.

Der Bundespräsident

Berlin, den 20. Februar 2006

**Grußbotschaft von Bundespräsident Horst Köhler
für die Ausstellung
„Demokratie braucht Demokraten – Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“
an Dienststellen der Bundeswehr**

Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender Bonkas,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich grüße die Mitglieder des Reichsbanners, die diese Ausstellung gestaltet haben,
und die Besucher der Ausstellung.

Es ist erfreulich, dass die Ausstellung nun auch an Standorten der Bundeswehr präsentiert wird. Politische Bildungsarbeit wie die des Reichsbanners ist wichtig, damit sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes bewusst bleiben, wie sehr unsere Demokratie auf Menschen angewiesen ist, die aktiv für sie eintreten. Ich hoffe, dass sich viele Besucher anhand Ihrer Ausstellung diese Erkenntnis aufs Neue vergegenwärtigen. Die Geschichte des Reichsbanners gibt dafür einen eindrucksvollen Anschauungsunterricht.

Das Reichsbanner wurde im Jahre 1924 von demokratisch und republikanisch gesinnten Menschen gegründet. Die zu dieser Zeit wenig gefestigte Weimarer Republik wurde von antidemokratischen Gruppen und Parteien und deren bewaffneten Verbänden bedroht. Organisierte Gewalt und Morddrohungen gegenüber den Repräsentanten des demokratischen Deutschlands waren an der Tagesordnung, und oft ist es nicht bei Drohungen geblieben: Opfer wie die Politiker Matthias Erzberger und Walther Rathenau und der Journalist Maximilian Harden bleiben unvergessen.

Das Reichsbanner bildete ein Gegengewicht zu den antidemokratischen und antirepublikanischen Kräften. Nach der Machtergreifung Hitlers im Januar 1933 haben viele Mitglieder des Reichsbanners ihr Eintreten für die Demokratie mit der Einkerkerung im Zuchthaus oder in Konzentrationslagern bezahlt – und manche sogar mit ihrem Leben.

Ich bin dem Reichsbanner dankbar für das Engagement, anhand der eigenen Erfahrungen die geschichtliche Entwicklung Deutschlands und die Notwendigkeit aufzuzeigen, dass Deutschland auch heute braucht, was den Namen des heutigen Reichsbanners vervollständigt: einen Bund aktiver Demokraten.

Ich wünsche der Ausstellung viele aufmerksame Besucher und großen Erfolg.

Horst Köhler

Der Regierende Bürgermeister von Berlin

Berlin, im März 2006

Grußbotschaft

zur Eröffnung der Ausstellung

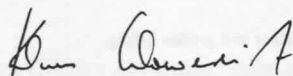
„Demokratie braucht Demokraten – Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“
am 6. März 2006 beim Wachbataillon des Bundesministers der Verteidigung

Eine wehrhafte Demokratie braucht wehrhafte Demokraten. An Letzteren fehlte es der Weimarer Republik nicht: Bis zu drei Millionen aufrechte Sozialdemokraten, Zentrumsleute, Liberale und Gewerkschafter kämpften im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegen den rechten wie linken Mob. Es war ein vergeblicher Kampf gegen die heillose Übermacht der Demokratie-Feinde. Aber das Reichsbanner setzte ein Zeichen für Freiheit und Demokratie gegen Diktatur, Militarismus und Rassenwahn.

Viele Mitglieder des Reichsbanners leisteten aktiven Widerstand gegen Hitler. Sie wurden systematisch verfolgt, viele wurden ermordet. Was die Nazis nicht vernichten konnten, war die Sehnsucht nach einem friedlichen, demokratischen, freien und toleranten Deutschland. Dafür kämpften überlebende Reichsbanner-Leute nach dem Krieg weiter. Den Reihen des Reichsbanners entstammen prägende Gestalten der Bonner Republik wie die Sozialdemokraten Paul Löbe und Kurt Schumacher, die Liberalen Thomas Dehler und Theodor Heuss und manche andere.

Wenn heute eine Ausstellung in den Räumen der Bundeswehr dieser großen demokratischen Organisation gedenkt, dann liegt darin eine doppelte Bedeutung: Zum einen wird der dramatische Kampf gegen die Diktatur in Erinnerung gerufen. Zum anderen demonstriert die Bundeswehr, dass sie fest auf dem Boden jener freiheitlich-demokratischen Grundsätze steht, für die das Reichsbanner in der Weimarer Zeit gekämpft hat.

Ich danke allen, welche die Ausstellung „Demokratie braucht Demokraten – Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ möglich gemacht haben und wünsche der Schau ein großes öffentliches Interesse.



Klaus Wowereit

Grußwort des Generalinspektors der Bundeswehr anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Demokratie braucht Demokraten – Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“

Im vergangenen Jahr feierte die Bundeswehr mit berechtigtem Stolz ihr 50jähriges Bestehen und gleichzeitig „15 Jahre Armee der Einheit“.

Als die Bundesrepublik Deutschland 10 Jahre nach Kriegsende und sechs Jahre nach ihrer Gründung neue deutsche Streitkräfte schuf, waren diese in einen demokratischen Rechtsstaat einzufügen. Nach einer Zeit, in der Freiheit, Menschenwürde, Gerechtigkeit und Toleranz wenig oder gar nichts mehr galten, hatte sich unser Land eine freiheitlich-demokratische Grundordnung geschaffen, die bewusst die Grundrechte an den Anfang der Verfassungsartikel stellte. Die Achtung der Menschenwürde und die Grundrechtsbindung der staatlichen Gewalt bilden dabei einen Kernbestand unserer Verfassung, der auch nicht per Mehrheitsbildung verändert werden kann.

Die traumatische Erfahrung eines diktatorischen Unrechtsregimes waren auch bei der Konzeption und dem Aufbau der Bundeswehr bestimmend. Die Gegensätze zwischen der hierarchisch bestimmten militärischen Ordnung und den individuellen Freiheiten des mündigen Staatsbürgers in einem demokratischen Staatswesen sollten überbrückt und ausgeglichen werden. Es ging darum, so der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, vor dem Deutschen Bundestag, „die sittlichen Werte des deutschen Soldatentums mit der Demokratie zu verschmelzen“. Dies geschah durch die Konzeption der Inneren Führung. Sie ermöglicht Gefolgschaft aus Einsicht in die Notwendigkeit des soldatischen Dienstes sowie den damit verbundenen Einschränkungen der persönlichen Freiheit und sie ist geeignet, von der Verteidigungswürdigkeit unser frei gewählten Lebensordnung zu überzeugen. An die Stelle des unpolitischen, wahlrechtslosen Soldaten der Reichswehr trat der mündige Staatsbürger in Uniform.

Nach 1990 bewährte sie sich ein weiteres Mal als die Angehörigen der NVA sie als die überzeugendere Konzeption erlebten und schnell akzeptierten.

Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sind seit nunmehr 50 Jahren Teil der Gesellschaft; sie gestalten das gesellschaftliche und politische Leben unseres Landes mit. Sie dienen unserem Gemeinwesen nicht nur indem sie durch gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten einen Beitrag zur Wahrung des Rechtes und der Freiheit des deutschen Volkes leisten, sondern auch dadurch, dass sie entsprechend ihrer persönlichen Möglichkeiten aktiv am politischen, geistigen Leben teilnehmen.

Das Leitbild des Staatsbürgers in Uniform ist seit 50 Jahren ein Erfolgsmodell; es bedarf jedoch der ständigen Pflege und eines nicht nachlassenden Engagements. Vor diesem Hintergrund begrüße ich die Ausstellung „Demokratie braucht Demokraten – Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“. Sie soll dazu beitragen, den Gedanken wach zu halten, dass eine Demokratie engagierte und streitbare Demokraten benötigt.

1924 als überparteiliche Organisation zum Schutz der parlamentarischen Demokratie gegründet, hat der Reichsbanner zwar die nationalsozialistische Diktatur nicht zu verhindern vermocht, er hat sich jedoch in schwierigen Zeiten für den Erhalt der Demokratie engagiert und damit ein bis heute wirkendes Zeichen gesetzt.

Ich danke dem Reichsbanner für seine Bereitschaft, diese Ausstellung der Bundeswehr zur Verfügung zu stellen. Möge sie zum Nachdenken und Mitmachen anregen und die gebührende Beachtung in und außerhalb der Bundeswehr finden.

Ausstellungen

30. März 2006 um 15.00 Uhr

beim Verteidigungsbezirkskommando 31 in Düsseldorf,
Wilhelm-Raabe-Straße 46

25. April 2006

in der General-Delius-Kaserne in 56727 Mayen

29. Mai 2006

Truppenübungsplatz Baumholder, Lager Auerbach

Das Reichsbanner Erscheint seit 1924
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin.
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.
„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner-Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.
„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 Euro zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluss.
Gesamtherstellung: Graficor Harald Mader, Langer Weg 13, 65760 Eschborn.
Redaktion und Pressesprecher: Hans Bonkas, presserechtlich verantwortlich.
Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60327 Frankfurt am Main.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.
Bundesvorsitzender: Hans Bonkas
Bundeshonorsvorsitzender: Dr. Volkmar Zühlendorf

Wachstum mit Weitblick.

Unsere Zukunft: Ökonomie und Ökologie verbinden.

Wer Verantwortung trägt, muss vorausschauend handeln. Die Fraport AG tut viel dafür, dass die Welt auch für künftige Generationen lebenswert bleibt. Am Flughafen Frankfurt belohnen wir zum Beispiel besonders leise Starts und Landungen. Deshalb kommen überwiegend die modernsten und umweltfreundlichsten Flugzeuge zu uns. Weil wir Straße, Schiene und Luftverkehr optimal miteinander verknüpfen, konnten viel Kurzstreckenflüge durch Bahnfahrten ersetzt werden. Das sind nur ein paar Beispiele von vielen, wie die Fraport AG Leistungsfähigkeit mit Nachhaltigkeit und Umweltschutz verbindet.

Weitere Infos unter www.fraport.de

Fraport.
The Airport Managers.

